



SP **GLEICHE RECHTE. JETZT!** SP

EIN KOMMENTAR ZUM 14. JUNI

Wieso wir weiterkämpfen müssen

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
213 · Ausgabe BE · Juni 2024



In Zeichen von Kriegen, Krisen, Diskussionen um Männlichkeit und einen dritten Geschlechtseintrag fand am 14. Juni ein weiteres Mal der feministische Streik statt. Er zeigte einmal mehr, wie wichtig der Kampf um Gleichstellung nach wie vor ist.

Auch dieses Jahr waren wieder rund 35 000 Menschen allein in Bern auf der Strasse und streikten für die Gleichstellung. Und so harmlos dieses «Frauenthema» für einige klingen mag, so ernst ist es in der Realität. Denn es geht nicht nur um «ein bisschen mehr Geld», es geht um die Existenz und Unversehrtheit vieler Menschen. Es geht darum, dass in der Schweiz jede fünfte Rentnerin in Armut lebt, alle zwei Wochen eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet oder dass sexualisierte Gewalt auf brutalste Art und Weise als Kriegswaffe eingesetzt wird. Und es geht auch darum, dass unser Rechtssystem die Existenz vieler Menschen schlichtweg ausblendet, weil sie nicht ins binäre System passen oder dass die Suizidrater bei Männern mehr als doppelt so hoch ist wie bei Frauen, weil das patriarchale System vor niemandem Halt macht. Das erklärt dementsprechend auch, wieso wir von einem «Kampf» sprechen: Weil es das für



Vanessa Bieri, Co-Präsidium
SP Frauen Kanton Bern



Clara Wyss, Co-Präsidium
SP Frauen Kanton Bern

viele Menschen ist – ein Kampf ums Überleben.

Forderungen sind keine Generationenfrage

Diese klaren Worte mögen überraschen oder schockieren, doch erscheinen sie notwendig, wenn die geschlechterspezifische Gewalt wieder zunimmt und Rechts(extremismus) einen gefährlichen Aufschwung erlebt. Und dabei ist es umso gefährlicher zu sagen, die feministischen Forderungen seien nur eine «Generationenfrage», denn es sind zu grossen Teilen auch junge Menschen, die konservative Parteien wählen und patriarchale Rollenbilder glorifizieren. Und es wird uns im Moment vor Augen geführt, dass es eben nicht reicht, auf die nächste Generation zu warten für den Fortschritt, sondern dass wir aktiv gegen Rückschritte ankämpfen müssen. Besonders in der Gleichstellung, wo so viele Errungenschaften noch so jung sind, dass sie leicht angreifbar sind. Man erinnere sich beispiels-

weise daran, dass die Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen erst 2002, nach fast 10-jährigem Prozess in Kraft gesetzt wurde.

Gleichstellung betrifft alle

Und das ist der Grund, wieso der 14. Juni in der Schweiz so viele unterschiedliche Menschen mobilisiert und wir auch 33 Jahre nach dem ersten Frauenstreik 1991 mit ähnlichen und gleichen Forderungen auf die Strasse gehen: Weil es um Existenzen geht, um das Recht, über den eigenen Körper und das eigne Leben bestimmen zu können, und das Recht, als Mensch anerkannt und respektiert zu werden.

Damit die Forderungen nicht auch die nächsten 30 Jahre gleich bleiben, braucht es Sensibilisierung innerhalb der Partei und innerhalb der Gesellschaft, was fortlaufende Arbeit und insbesondere Zusammenarbeit bedeutet, denn Gleichstellung ist kein «Frauenthema», sie betrifft alle.



Damit die Energiewende gelingt

Bei all den Herausforderungen, die der Kanton Bern zu lösen hat, geht der dringend notwendige Kampf gegen den Klimawandel in letzter Zeit fast ein wenig unter. Die SP Kanton Bern hat im Rahmen der Nationalratswahlen 2023 ein Paket von klimapolitischen Vorstössen im Grosse Rat eingereicht, von denen einige in der Sommersession 2024 behandelt wurden.



Stefan Jordi, Grossrat
und Fraktionspräsident
SP-JUSO-Fraktion

Zuallererst muss betont werden, dass sich die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion unter der Leitung von Christoph Ammann im Rahmen der Möglichkeiten stark für die Erarbeitung einer weitsichtigen Klima- und Energiepolitik engagiert und so der Kanton Bern seinen Beitrag an eine klimaneutrale Schweiz bis 2050 leisten wird. Zahlreiche Projekte werden derzeit erarbeitet, umgesetzt oder vorbereitet. Das Entscheidende ist dabei die reale Umsetzung. Beispielsweise auf kommunaler Ebene. Viele Gemeinden, insbesondere kleinere, sind oft überfordert, wenn es darum geht, wirksame Massnahmen zum Klimaschutz zu entwickeln und umzusetzen. Obwohl es sehr viele Förderinstrumente und Unterstützungsangebote gibt, sozusagen einen Dschungel von Angeboten. Diese Unübersichtlichkeit wirkt dann oft

auch abschreckend. Deshalb forderte die SP-JUSO-Fraktion in einem überparteilichen Vorstoss, dass der Kanton die Gemeinden unterstützt. Unter anderem soll er einen kommunalen Klimaplan, Instrumente und konkrete finanzielle Massnahmen vorschlagen sowie Weiterbildungen fördern. Der Grosse Rat nahm die Motion als Postulat an.

Erneuerbarer Strom aus Photovoltaik

Mittlerweile sollte allen bekannt sein, dass erneuerbar produzierter Strom in der Schweiz vor allem aus Wasserkraft und zukünftig in viel höherem Mass aus Photovoltaikanlagen stammen muss. Mit der klaren Zustimmung des Schweizer Stimmvolkes Anfang Juni zum Stromgesetz wurden dafür zentrale Grundlagen geschaffen. Das Solarpotenzial muss vor allem auf den Dächern genutzt werden. Auch können alpine Grossanlagen einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung vor allem im Winterhalbjahr leisten. Die SP-JUSO-Fraktion eruierte zwei Schwachstellen. Die erste Schwachstelle liegt bei der zu tiefen Abnahmevergütung für private Kleinproduzierende, die für eine Amortisation der Investitionskosten im

gewohnten Rahmen nicht ausreicht. Der Regierungsrat soll hier darauf hinwirken, dass diese Vergütungen erhöht werden. Bei grossen Solaranlagen agiert der Regierungsrat vorbildlich: Er bezieht alle Stakeholder mit ein, sodass die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung durch die Gemeinden steigt.

Herkulesaufgabe Netzausbau

Die zweite Schwachstelle ist der schleppende Umbau des Stromnetzes. Die Energiewende findet auch im Verteilnetz statt. Ohne genügend Netzkapazitäten auf dem lokalen Nieder- und Mittelspannungsnetz können Produktionsanlagen nicht realisiert werden beziehungsweise ihren Strom nicht ins Netz einspeisen. Aber auch Trafostationen zwischen den Netzebenen müssen realisiert werden, und hier gestaltet sich die Standort-suche insbesondere im Agglomerations- und städtischen Raum oft sehr schwierig. Die BKW schätzt, dass bis 2050 30 Milliarden Franken in den Netzausbau investiert werden müssen. Der Grosse Rat nahm die Forderung der SP-JUSO an, dass sich der Regierungsrat für den Netzausbau starkmacht.

Es braucht also noch grosse Anstrengungen auf allen politischen Ebenen, und alle Akteur:innen müssen am selben Strick ziehen. Ansonsten gelingt die Energiewende nicht. Denn nur realisierte erneuerbare Anlagen produzieren Strom. Nicht Konzepte auf Papier.



NEUGRÜNDUNG

Nach 12 Jahren wieder eine Sektion in Sutz-Lattrigen



Barbara Stalder,
Präsidentin Sektion SPplus
Sutz-Lattrigen

Es gab eine Zeit, da war die SP in der Gemeinde Sutz-Lattrigen sehr aktiv, sie stellte damals auch immer eine oder sogar zwei Personen im Gemeinderat. Doch dann ging es mit der Sektion bergab, sie war teilweise überaltert, kaum noch jemand wollte aktiv sein – die Sektion wurde vor etwa 12 Jahren aufgelöst.

In der Gemeinde gab es letztes Jahr noch drei SP-Mitglieder, verteilt auf zwei angrenzende Sektionen.

Schon eine ganze Weile hat uns das gestört: Ohne Sektion fehlt einem der Boden, hier wurzelt unsere Politik. Wir fanden auch, dass die Gemeindepolitik an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeizieht – und im fünfköpfigen Gemeinderat sitzen seit acht Jahren nur Männer, so geht es doch wirklich nicht.

Wir sprachen weitere Personen an und beschlossen: Wir gründen wieder eine Sektion. Es war uns von Anfang an klar, dass es eine kleine Sektion wird (wie sollte es auch anders sein, bei einer ländlichen Gemeinde

mit knapp 1500 Einwohner:innen) und dass es eine SPplus sein muss, denn viele Interessierte wollen hier (noch) nicht der SP beitreten, obschon sie unsere politische Haltung durchaus teilen.

Da im Spätherbst Wahlen stattfinden werden, mussten wir uns beeilen. Anfang April haben 10 Personen die Sektion gegründet. Am 22. April haben wir das mit einem Anlass gefeiert. Es freute uns sehr, dass Flavia Wasserfallen und Anna Tanner dabei waren, dazu viele aus den umliegenden Sektionen. Aber auch aus der Gemeinde waren über 20 Personen dabei. Die umliegenden Sektionen werden uns auf unserem Weg unterstützen.

Die Zahl der Interessierten wächst, an einem weiteren Treffen legten wir erste Schwerpunkte fest. So wollen wir weitere Zonen mit Tempo 20 auf Gemeindestrassen, mehr Orte, wo man sich begegnen kann.

Zudem soll sich die Gemeinde dafür einsetzen, dass mehr Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden – und dieser Strom dann auch ins Netz eingespeist werden kann, da gibt es im Moment vor allem Probleme. Weitere Themen sind angedacht, doch wir wollen uns nicht verzetteln, es braucht Zeit.

Bei den Wahlen wollen wir mit drei Personen antreten, zwei davon Frauen. Eine Vertretung im Gemeinderat ist für uns sehr wichtig.

Es ist nicht einfach, eine Sektion zu «reanimieren», doch wir sind zuversichtlich, dass wir es schaffen. Mit fünf Mitgliedern haben wir erst gerade das Minimum für eine Sektion, doch irgendwann muss man anfangen. Viel zu viele ärgern sich über die Politik in der Gemeinde, doch wenn wir nur die Faust im Sack machen, ändert sich bekanntlich nichts.

MEHR BEITRÄGE MIT SEKTIONSBEZUG

In Zukunft möchten wir gerne die Sektionen im Links mehr mit einbeziehen. Das heisst, wir möchten Lokalpolitisches, das euch beschäftigt, aufgreifen und weitertragen. Gibt es in deiner Sektion Themen, über die du etwas schreiben möchtest? Dann melde dich bei Céline Thommen, Verantwortliche Publikationen SP Kanton Bern (celine.thommen@spbe.ch).

SOMMERFERIEN

Unsplash

Vom 9. Juli bis am 22. Juli ist das Sekretariat der SP Kanton Bern geschlossen.

Vom 23. Juli bis am 8. August gelten folgende (reduzierten) Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag, 9 – 12 Uhr

AGENDA 2024

28. August 2024 : **Parteitag in Bern**

22. September: **Abstimmungen**

30. Oktober: **Parteitag in Bern**

Volksinitiative «für Vernunft und geistige Unversehrtheit»

Jüngst haben wir über die Volksinitiative «für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» abgestimmt, aka Stopp-Impfpflicht-Initiative. Dabei ging es um Freiheit. In der Bevölkerung scheint es aber mit der Durchimpfung nicht so recht geklappt zu haben: Nur 26 Prozent waren so frei.

Das Plebiszit-Schönreden gehört zur direkten Demokratie wie das Pflästerchen zum Impfen. Die Initianten argumentierten gewandt mit dem dürftigen Kurzzeitgedächtnis des Souveräns. Wobei ihr eigenes Dings ... ähm ... Kurzzeitdings auch nicht das beste zu sein scheint: «Wir überlegen uns, die Initiative ein weiteres Mal zu starten», tönte es Minuten nach der Schlappe aus ihrer Ecke. Auch das BAG empfiehlt regelmässige Auffrisch-Abstimmungen.

Den Text würde man dann – so die Initianten – genauer formulieren. Der letzte war tatsächlich ein juristisches Schleppnetz: Bei einem Ja hätten Beamte nicht einmal mehr

Rote Feder



Haarspalterei betreiben dürfen. Für die Polizei hätte es geheissen: Finger weg! Das hätte auch die Chancen des Zuger Nationalrats erhöht, der im Bundeshaus den Seinen eine Gasse schlagen wollte: «Sorget für mein Weib und für meine Kinder, treue liebe Eidgenossen, gedenket meines Geschlechts (er/ihm), Stopp dem Gender-Wahn!», soll er gerufen haben.

Wenn Fraktionspräsidenten einen auf Winkelried machen, Bauern die ganz grossen Kartoffeln respektive Schlagzeilen ernten («Klimaerwärmung hat viele Vorteile»), krautierte Jungspunde aus dem Kinderzimmer auf Russia Today über Neutralität schwadronieren und Wochenzeitungen («Putin, der Missverständene») jede Satire toppen, sollten wir vielleicht besser bei der geistigen Unversehrtheit ansetzen. Am Initiativtext feilen wir noch.

Stefan Krattiger, SP Aegerten

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spkantonbern



@spkantonbern



@spkantonbern